Nr. 184. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 21. April 1898.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Amerika — Spanien.

In der spanischen Thronrede heißt es: Wenn Spanien dem heiligen Vater für seine Intervention zu Gunsten des Friedens in diesen kritischen Augenblicken Dank schuldet, so ist es auch den europäischen Großmächten dafür verpflichtet, daß sie in ihrem freundschaftlichen Verhalten und in ihren selbstlosen Rathschlägen unsere Ueberzeugung befestigten, daß die Sache Spaniens die allgemeinsten Sympathien und seine Haltung die einstimmige Billigung finden. Es ist jedoch möglich, daß das Attentat sich verwirklicht und daß weder die Heiligkeit unseres Rechtes, noch die Mäßigung in unserem Verhalten, noch der ausdrückliche, in voller Freiheit kundgegebene Wille des kubanischen Volkes dazu dienen werden, die gegen das spanische Vaterland entfesselten Leidenschaften des Hasses in Schranken zu halten. Ich habe daher für den Fall, daß dieser hochernste Augenblick eintritt, wo Recht und Gerechtigkeit keinen andern Schutz finden, als den Muth der Spanier und die herkömmliche Thatkraft unseres Volkes, die Einberufung der Kortes beschleunigt, deren letzte Entscheidung ohne Zweifel den unerschütterlichen Entschluß meiner Regierung sanktioniren wird, unsere Rechte zu vertheidigen. Wie groß auch das Opfer sein mag, welches dafür von uns gefordert wird, ich werde mich mit der Nation identifiziren und meine Pflichten erfüllen, die erfüllen zu wollen ich beim Antritt der Regentschaft geschworen habe. Mein Mutterherz vertraut darauf, daß das spanische Volk sich um den Thron meines Sohnes schaaren und ihn mit unüberwindlicher Gewalt stützen wird, bis die Zeit kommt, wo es meinem Sohn vergönnt ist, persönlich die Ehre der Nation und die Integrität des vaterländischen Gebietes zu vertheidigen. Zu diesen schwerwiegenden Vorgängen, die Ihre Aufmerksamkeit jetzt über das Meer nach Westen lenken, gesellt sich in diesem Augenblicke noch der Zustand auf unseren Besitzungen im fernen Osten. Die Philippinen, deren Unterthanentreue durch eine ernste, aber glücklich niedergeschlagene Erhebung auf die Probe gestellt worden ist, leiden noch unter den Folgen dieser tiefgehenden Bewegung; um diese zur Ruhe zu bringen und um die Ursache des Uebels zu beseitigen, wird die Regierung Ihnen wichtige Vorlagen machen. So trübe und dunkel die Zukunft sich auch darstellt, die Schwierigkeiten, die uns umgeben, werden nicht größer sein, als die Kraft und die Energie des Landes, um sie mit einer Land- und Seestreitmacht zu besiegen, deren ruhmreiche Traditionen seinen Muth stählen. Mit der gegenüber einem Angriff von Außen einigen und geschlossenen Nation und der Hülfe Gottes, der unseren Vorfahren in den großen Krisen unserer Geschichte jederzeit den Weg zeigte, werden wir auch ebenso ehrenvoll diejenige bestehen, die man ohne Grund und ohne Gerechtigkeit gegen uns heraufzubeschwören versucht.

Weitere Telegramme aus Madrid von gestern melden: Es wird versichert, die Familie Woodfords habe vergangene Nacht in dem Südexpreßzug auf dem Wege von Frankreich nach Gibraltar Madrid passirt. Man glaubt, Woodford werde sich in Gibraltar an Bord eines deutschen Dampfers nach Newyork einschiffen und zwar werde er bis Sonnabend in Madrid bleiben. — In ganz Spanien herrscht große Begeisterung.

Die „Agencia Fabra" meldet, Marschall Lopez Dominguez erklärte auf ihr Befragen, er glaube, die kubanischen Aufständischen würden schließlich gemeinsame Sache mit den Spaniern gegen die Yankees machen; die Admirale Beranger und Butler äußerten, man dürfe das größte Vertrauen auf die spanische Flotte setzen; der Marineminister sprach sich in gleicher Weise aus.

Die Kortes werden sich sofort konstituiren und, wenn nöthig, die Nacht über berathen. Senatoren und Deputirte aller Parteischattirungen sind entschlossen, die Prätensionen der Vereinigten Staaten energisch zurückzuweisen und alle für den Krieg nothwendigen Kredite zu bewilligen. — Telegramme aus Havanna berichten, daß überall großer Enthusiasmus unter der Bevölkerung gegen die Yankees herrsche. Eine Invasion werde auch nicht so leicht sein, wie die Amerikaner glaubten. Abgesehen von der regulären Armee seien 83 000 Freiwillige entschlossen, das Land zu vertheidigen. Ueber die Bewegungen der spanischen Kriegsschiffe wird absolutes Stillschweigen bewahrt. Man glaubt, der erste Zusammenstoß zur See werde an einer Stelle erfolgen, von der es am wenigsten erwartet werde.

Wie über Wien gemeldet wird, bereitet Spanien ein Rundschreiben an die Mächte vor, daß es zum Krieg gezwungen ist und die vollste Verantwortung der Union zuwälze. Amerika seinerseits wird keinerlei diplomatische Mittheilung an die Mächte gelangen lassen. Lebhaft beschäftigt sich die Diplomatie mit der Rückwirkung des Krieges auf die wirthschaftlichen Interessen Europas. Der neulich erwähnte Ideenaustausch zwischen den Kabinetten darüber ist entweder schon eingeleitet oder steht unmittelbar bevor. Die Kaperfrage wird den Gegenstand eingehender Verhandlungen bilden. Das größte Gewicht wird dabei auf die Befreiung der Kohle vom Kaperrecht gelegt. Insbesondere Deutschland und Rußland werden diesen Standpunkt aufs energischste vertreten, doch unterstützen alle Großmächte einschließlich Rußland aufs entschiedenste diese Forderung. Nordamerika möchte auf die Kaperei verzichten, wenn auch Spanien dies thut. Der Verzicht Spaniens ist aber nicht zu erwarten.

Die römische „Italia" will wissen, die Großmächte hätten Amerika und Spanien aufgefordert, die Feindseligkeiten auf Kuba und Portorico zu beschränken.

Don Carlos ist in Ostende eingetroffen, um die weiteren Ereignisse abzuwarten.

Aus dem Reiche.

Im Schlosse zu Homburg v. d. H. fand gestern beim **Kaiserpaare** Familientafel statt. Nach der Tafel kehrten die Kaiserin Friedrich und Prinzessin Heinrich wieder nach Rumpenhain, der Großherzog und die Großherzogin von Hessen nach Darmstadt zurück. Der Kaiser gab seinen Gästen das Geleit bis zum Bahnhof. — Ueber die Reise des Kaisers nach Metz wird von dort geschrieben: Der Kaiser trifft nach den neuesten hierher gelangten Mittheilungen bereits am Nachmittag des 3. Mai hier ein und die Kaiserin kommt direkt von Homburg nach Urville. Der Aufenthalt dauert 14 Tage. Der Oberstallmeister hat Stallungen für 76 Pferde einrichten lassen, die am 1. Mai fertig gestellt sein sollen. An militärischen Veranstaltungen sind in Aussicht genommen eine Allarmirung und kriegsmäßige Besetzung der Festung, oder wenigstens desjenigen Theils, der zur Schleifung bestimmt ist, eine große Parade auf dem Exerzierplatz Frescaty und besondere Vorstellung des Königs-Infanterie-Regiments Nr. 145. Ueber die Annahme des großen Festmahles im Stadthause ist die kaiserliche Entschließung hier noch nicht eingetroffen. Bezüglich der Pläne der Stadterweiterung ist zu bemerken, daß diese sich auch noch auf die Nordfront vom Diedenhofener bis zum französischen Thore erstrecken soll, so daß von der jetzigen inneren Umwallung nur die Westfront, das von dem Marschall Belle Isle 1736 angelegte sog. Moselfort, sowie das aus derselben Zeit stammende Fort Belle Croix, jetzt Fort Steinmetz, bestehen bleiben. — Bei der gestrigen Festtafel in der königlichen Residenz zu München brachte der **Prinzregent** einen Trinkspruch auf den Kaiser von Oesterreich und den Prinzen und die Prinzessin Leopold aus. Der Kaiser von Oesterreich erwiderte seinerseits unter dem Ausdruck der herzlichsten Wünsche mit einem Hoch auf den Prinzregenten und das Jubelpaar. Am Abend wohnten alle Fürstlichkeiten der Festvorstellung im Hoftheater bei. — Während der Tage des diesjährigen **Kaisermanövers**, welches, wie bereits berichtet, in der Zeit vom 4. bis 9. September im Regierungsbezirk Minden stattfindet, wird der Kaiser in Hannover und Bückeburg Wohnung nehmen. Beide Städte werden dem Kaiser bei seinem Aufenthalt dortselbst große Ovationen darbringen. Es gilt als sicher, daß der Kaiser von Bückeburg aus einen Abstecher nach den in einer herrlichen Waldschlucht liegenden fürstlichen Jagdschlössern „Arensburg" und „Zum Baum" unternehmen wird. — Bei der **Landtagswahl in Altenburg** haben jetzt die Sozialdemokraten 3 Kreise behauptet und einen gewonnen. Unterliegende sind die Bündler.

Deutschland.

Berlin, 21. April. Dresden steht schon ganz im festlichen Zeichen all der Huldigungen, die König Albert anläßlich seines Doppeljubiläums von allen Seiten dargebracht werden. Während noch Tausende von Händen emsig beschäftigt sind, die Stadt in ein Festgewand zu kleiden und insbesondere die Festzugsstraße, den „Kaiserweg" vom neuen Hauptbahnhof nach dem Königsschloß aufs prächtigste zu schmücken, hat das Königspaar in fast jugendlicher Frische bereits 78 Beglückwünschungs-Abordnungen empfangen und gestern Abend mit dem gesamten Hof und den bisher eingetroffenen Gästen den letzten Theil einer Festvorstellung in der Hofoper (2. Akt aus „Tannhäuser" und Goldbergers Tanzmärchen „Vergißmeinnicht") beigewohnt. Nach Schluß der Vorstellung hörten die Herrschaften vom Balkon des Theaters einen großen Zapfenstreich, wie solcher, was die Masse der Musiker anbetrifft, noch nicht ausgeführt worden ist. Etwa 1200 Militärmusiker und Spielleute waren daran betheiligt. 2913 sächsische Gemeinden haben eine Jubiläumsstiftung errichtet, deren Betrag 4 789 000 Mark dem König überreicht wurde.

— Das Aeltesten-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, einem neu zu gründenden „Deutschen Verein zur Herbeiführung eines einheitlichen internationalen Seerechts" beizutreten. Aus der Sitzung des Kollegiums wird darüber berichtet: Zur Herbeiführung eines einheitlichen internationalen Seerechts ist im Jahre 1897 in Brüssel unter dem Vorsitz des Staatsministers A. Beernaert ein Comité Maritime International zusammengetreten. Dieser Verein sucht die Erfüllung seiner Aufgabe dadurch vorzubereiten, daß er die Errichtung nationaler Vereine, welche die Förderung seines Zweckes anstreben, veranlaßt und durch das Zusammenwirken dieser Vereine, die in dem Comité Maritim International ihren Mittelpunkt finden, eine Einigung über das Seerecht herbeiführt, die zur Grundlage einer gesetzgeberischen Thätigkeit gemacht werden kann. Der Aufforderung des Comité Maritim International entsprechend haben sich in Frankreich und Belgien unter Betheiligung von hervorragenden Staatsmännern, Juristen und Kaufleuten solche nationale Vereine gebildet und schon eine lebhafte Thätigkeit entwickelt. Den gleichen Zweck verfolgt in Großbritannien die Association of International Law, deren Bestrebungen mehr und mehr die Unterstützung des juristischen und kaufmännischen Publikums in England finden. Auch in den Vereinigten Staaten Amerikas macht sich eine entsprechende Bewegung geltend. Auch ein deutscher Verein zur Herbeiführung eines einheitlichen internationalen Seerechts soll gebildet werden. An der Spitze der hierauf gerichteten Bewegung steht der in weiten Kreisen bekannte Präsident des hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg, Dr. Sieveking, und der Aufruf für den Verein wird auch von dem Präsidenten des Deutschen Handelstages, Geh. Kommerzienrath Frentzel, unterzeichnet werden. Das Aeltesten-Kollegium beschloß, dem neuen Verein als Körperschaft beizutreten. Die Mitgliedschaft steht aber auch einzelnen Personen gegen Zahlung eines Jahresbeitrages von 10 Mark offen. Das Statut des Vereins nebst Erläuterungen liegt im Sekretariat der Korporation (Neue Friedrichstraße 51—52) an den Werktagen zwischen 9 und 3 Uhr zur Einsicht aus; auch würden von dort aus Beitrittserklärungen an die provisorische Vereinsleitung befördert werden.

— Der Landwirthschaftsminister hat folgende Verfügung über die Ausführung des Gesetzes betreffend die „Aufhebung der Verpflichtung zur Bestellung von Amtskautionen" erlassen: Die von dem Herrn Finanzminister unter dem 16. März d. J. den königlichen Regierungen ertheilte Anweisung für die Ausführung des Gesetzes, betreffend die Aufhebung der Verpflichtung zur Bestellung von Amtskautionen, vom 7. März d. J. findet, wie hiermit bestimmt wird, auch auf die Domänen- und Forstverwaltung Anwendung. Die königliche Regierung wird angewiesen, bezüglich der ihr unterstellten Beamten dieser Verwaltungen demgemäß das Weitere zu veranlassen. Bemerkt wird hierbei, daß zu denjenigen nicht als unmittelbare Staatsbeamte anzusehenden Personen, auf deren Amtskautionen sich das obige Gesetz nicht bezieht, auch die nicht voll beschäftigten Forstkassen-Rendanten und die Forst-Untererheber gehören, soweit diese nicht etwa sich anderweit in unmittelbarem Staatsdienste befinden und die Forstkasse bezw. Unterrezeptur nur nebenamtlich oder vorübergehend verwalten. Außer an letztere Personen findet eine Rückgabe der von nicht voll beschäftigten Forstkassen-Rendanten und Forst-Untererhebern hinterlegten Amtskautionen daher nicht statt. Sollten in einzelnen Fällen Zweifel über die Zulässigkeit der Rückgabe der bestellten Kaution bestehen, so wolle die königliche Regierung zur diesseitigen Entscheidung berichten. Berlin, den 9. April 1898. Der Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten. Im Auftrage: Donner.

— Die Finanzkommission des Herrenhauses hat gestern die Berathung des Etats geschlossen. Der Bericht wird heute von dem Generalberichterstatter Graf Königsmarck verlesen werden und kommt am Ende der Woche gedruckt zur Vertheilung. Die Kommission empfiehlt dem Herrenhause, der Resolution des Abgeordnetenhauses beizutreten, die dahin geht, die Regierung aufzufordern, den aus den Ueberschüssen des Etatsjahres 1897—98 zu bildenden außeretatsmäßigen Dispositionsfonds von 20 Millionen für Zwecke der Eisenbahnverwaltung bis zur Höhe von 30 Millionen zu überschreiten, ihn also auf 50 Millionen zu erhöhen.

— Zur Berathung des Pfarrerbesoldungsgesetzes in der Kommission des Abgeordnetenhauses sind bereits Abänderungsanträge eingegangen. Der Abg. Haacke (frk.) beantragt, in Artikel 3 von der Summe der Staatsbeiträge für die evangelischen Geistlichen (6 808 903 Mark) 600 000 Mark zu Zuschüssen an Geistliche, die das Mindestgehalt von 1800 Mark beziehen, bis zum Betrage von je 600 Mark zu bestimmen. Ferner beantragt derselbe Abgeordnete folgende Zusätze:

„Artikel 3a. Beihülfen (Artikel 3) sind nur für solche Pfarrstellen zu gewähren, welche beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehen und bei der Alterszulagekasse versichert werden. Artikel 3b. Als leistungsunfähig im Sinne dieses Gesetzes sind diejenigen Kirchengemeinden anzusehen, welche zur Aufbringung der Grundgehälter, Alterszulagenkassenbeiträge und Zuschüsse Umlagen ausschreiben müssen. Artikel 3c. Die Entscheidung über die Leistungsunfähigkeit einer Kirchengemeinde erfolgt durch den Vorstand der Kreissynode unter Zuziehung des Kreislandraths. Diese Entscheidung bedarf der Bestätigung des Konsistoriums."

Demnach soll Artikel 4 der Vorlage gestrichen werden.

— Das Zentral-Wahlkomitee der nationalliberalen Partei für Westfalen faßte nach eingehender Berathung folgenden Beschluß: „Die auf den Ausgleich der wirthschaftlichen Gegensätze gerichteten Bestrebungen begleitet das Zentralkomitee mit seinen vollsten Sympathien und begrüßt den wirthschaftlichen Sammlungsaufruf als einen erfreulichen Schritt zur Erreichung dieses Zieles. Das Komitee ist insbesondere damit einverstanden, daß bei dem Abschluß künftiger Handelsverträge die Interessen der Landwirthschaft besser gewahrt werden müssen als bisher. Die Erfahrungen, die in Landwirthschaft, Industrie und Handel mit den bestehenden Verträgen gemacht worden sind, müssen bei dem Abschluß neuer Verträge voll verwerthet werden. Es ist selbstverständlich, daß in der gleichmäßigen Berücksichtigung von Landwirthschaft, Industrie, Handel und Gewerbe einschließlich der damit untrennbar verbundenen Interessen der Arbeiter ein gangbarer Mittelweg gefunden werden muß."

— Die „Köln. Ztg." schreibt: „Polnische Blätter wenden sich mit vieler Heftigkeit gegen das Vorgehen der Regierung, welche die polnischen Beamten aus den Ostprovinzen nach dem deutschredenden Westen zu versetzen anfängt und damit eine Forderung erfüllt, die schon lange von Kennern der Verhältnisse aufgestellt wurde. Es handelt sich dabei hauptsächlich um untere Beamte der verschiedenen Verwaltungen, wie Post, Steuer und Eisenbahnen, die zum großen Theil durch das Heer gegangen sind und nach ihrem Austritt aus diesem sich nicht unbegreiflicherweise in ihrer Provinz anstellen ließen. Man darf den Polen, die im Heere dienen, das Zeugniß ausstellen, daß sie während dieser Zeit zu keinen politischen Klagen Anlaß geben, was wohl im Wesentlichen darauf zurückzuführen sein wird, daß im Heeresverbande die Agitation und Verhetzung nicht an sie heran kann. Treten sie dann aber nach beendeter Dienstzeit Zivilstellungen in ihrer Provinz an, so fallen sie nur zu leicht bekannten Einflüssen anheim und werden statt Förderer des Deutschthums Gegner desselben. Die Schuld hieran trifft sie viel weniger persönlich, sondern ist in den Verhältnissen begründet, und da ist es denn mit großer Genugthuung zu verzeichnen, daß die Regierung dieser Gefahr einen Riegel vorschieben will. Ebenso kann man es nur billigen, daß die Regierung mit der bisherigen laxen Gewohnheit bricht und den Verkauf polnischer Embleme gerichtlich verfolgt, die geradezu als aufrührisch bezeichnet werden können. Auf diesem Gebiete ist nun ein eifriger Staatsanwalt in Inowrazlaw denn doch zuweit gegangen, indem er gegen ein polnisches Blatt, in dessen Anzeigentheil ein Uhrmacher Uhren mit dem polnischen Adler und der Devise „Gott erhalte Polen" empfiehlt, die Untersuchung wegen groben Unfugs eingeleitet hat. Auch wir wünschten, daß man derartigen Ankündigungen in irgend einer Weise beikommen könnte, aber der nachgerade berüchtigt gewordene Unfugsparagraph scheint dazu durchaus ungeeignet. Daß eine Anzeige wie die obige nach dem gewöhnlichen Menschenverstande nicht als grober Unfug betrachtet werden kann, werden nur diejenigen bestreiten können, die sich schlankweg zu dem Satze bekennen: „Was man sonst nicht fassen kann, sieht man als groben Unfug an." Wir können uns nicht vorstellen, daß man auf solche Weise der Sache des Deutschthums nützt, und wir besorgen, daß solche Versuche nur geeignet sind, die Politik der Abwehr der Polonisirung in einem kleinlichen Lichte erscheinen zu lassen."

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. April. Das Abgeordnetenhaus fand beim Wiederzusammentritt die ungarischen Ausgleichsvorlagen vor, deren voller Inhalt bisher unbekannt war. Das Urtheil über die Vorlagen ist vernichtend. Allgemein wird versichert, selbst bei geordneten parlamentarischen Verhältnissen wäre die Annahme eines solchen Ausgleichs unmöglich. Die „N. fr. Pr." schreibt auch: „Kein Parlament, dessen Beschlüsse von den Interessen der Bevölkerung und des Staats geleitet sind, wird diesen Ausgleich unverändert genehmigen; das ist kein Ausgleich, sondern ein von Oesterreich zu zahlender Kaufpreis für Erhaltung des Dualismus. Das Haus trat sodann in die Erörterung über die Ministeranklage gegen Badeni wegen der lex Falkenhayn ein. Es ist bezeichnend, daß vorläufig kein Abgeordneter gegen die Ministeranklage sich zum Wort gemeldet hat. Zunächst sprachen die Antragsteller in der schärfsten Weise. Kaiser sagte gegen Badeni: Als Statthalter Galiziens schritt er von einer Gewaltthätigkeit zur andern; dadurch bewies er seine Eignung für den österreichischen Ministerpräsidenten. Wir werden sorgen, daß es überhaupt zu keiner parlamentarischen Arbeit kommt, bevor nicht die Sühne erfolgt und auch die Sprachenverordnungen aufgehoben werden. Wenn nicht die Regierung mitwirkt, daß diese Verordnungen baldigst durch ein entsprechendes Gesetz abgelöst werden, werden wir auch Thun unter Anklage stellen. Redner verwies auf die Bestialitäten, die in Prag gegen Deutsche verübt wurden und sagte: Mit Entrüstung mußte man sehen, daß die derzeitige Regierung die Oberanführer der Gewaltthätigkeiten zur Audienz beim Kaiser zuließ. (Beifallsturm links.) Abg. Dr. Groß begründete, warum die Linke die Unterschrift zur Ministeranklage gegen Gautsch ablehnte. Deshalb werden gegen einzelne Abgeordnete Kesseltreiben veranstaltet; die Partei werde sich aber nie den Launen und Befehlen einzelner fügen. (Lebh. Beifall links.) Von den Mitschuldigen Badenis sprechend, sagte Groß: Falkenhayn verschaffte durch die Verquickung seines Namens mit diesem Antrage seinem Namen mehr Verbreitung, als durch seine vierzehnjährige Thätigkeit im Rathe der Krone. Schrammel: „Mörder der Bergarbeiter." Groß: „Wie lichtscheues Gesindel wurden die Vertreter des Volkes von der Polizeiwache aus dem Saal hinausgeschleift." (Lebhafte Pfuirufe.) Es wäre Pflicht des Justizministers, auch heute noch gegen Badeni und alle Mitschuldigen Anklage zu erheben. Graf Thun sollte sich klar werden, daß geordnete Zustände in Oesterreich nur dann wiederkehren, wenn alle Schandthaten Badenis weggewischt werden. Der Sozialdemokrat Rieger sagte: Wenn in den Gruben von Karwin-Ostrau Hunderte von Bergarbeitern gemordet, in Falkenau-Ostrau Bergarbeiter erschossen wurden, so trägt in erster Reihe Falkenhayn die Schuld daran. An den Händen Falkenhayns klebt das Blut von Hunderten Bergarbeitern, und dieser Mann war in den Augen Badenis und der Mehrheit der Würdigste zu einer solchen Schandthat. Die Lex Falkenhayn war die Revolution von oben, ihr mußte die Revolution von unten entgegengesetzt werden. Im Namen des verfassungstreuen Großgrundbesitzes sprach dann Grabmayr. Er sagte: Blieben die Gewaltthaten des Vorjahres ungesühnt, dann könnte es scheinen, als wären bei uns die Minister immun und die Abgeordneten der Polizeigewalt preisgegeben. Der verfassungstreue Großgrundbesitz kann nicht zurückstehen, wenn es sich um die schärfste Ahndung des Anschlags gegen die Verfassung handelt. Badeni verband grenzenlosen Leichtsinn mit erstaunlicher Unkenntniß der westlichen Verhältnisse. Grabmayr trat für die Gemeinbürgschaft aller deutschen Parteien ein, wendete sich aber gleichzeitig gegen die Schönerergruppe. Nicht von unseren Feinden, sagte er, droht den Deutschen die größte Gefahr, sondern vom alten unseligen inneren Hader. Gegenseitige Duldung soll unsere Losung sein. Redner erklärte, es sei ganz gut möglich, zwischen Deutschklerikalen und den übrigen Deutschen die Streitaxt zu begraben. In der einmüthigen Sprachenkundgebung des Tiroler Landtags liege das günstige Vorzeichen für eine weitere politische Verständigung. Freilich müssen den Worten der katholischen Volkspartei auch die Thaten entsprechen. Redner forderte schließlich die Regierung auf, das Unrecht gegen die Deutschen durch die Beseitigung der Sprachenverordnungen aus der Welt zu schaffen. Die Rede erzielte starke Wirkung. Das Haus wird morgen die Erörterung fortsetzen. — Der Ministerrath beschloß die Ernennung Ebenhochs zum Landeshauptmann von Oberösterreich.

Prag, 19. April. In der kerndeutschen Stadt Reichenberg tagte am Sonntag eine von dem Advokaten Dr. Hlinak geleitete czechische Versammlung, in der auch der berüchtigte Agitator Dr. Schamanek eine von Ausfällen gegen Deutschland strotzende Rede hielt. Er beantragte schließlich folgenden Zusatz zu einer von einem Vorredner vorgelegten Entschließung: „Schließlich fordern wir unsere Abgeordneten auf, die Auflösung der politischen Bundesgenossenschaft unseres Reiches mit dem deutschen Reiche anzustreben, weil diese Bundesgenossenschaft dem czechischen Volke und dem Reiche nur Opfer auferlegt und keinerlei sichtbare Vortheile bietet." Die Entschließung wurde mit diesem Zusatze angenommen und dann die Bildung eines czechischen politischen Vereins für Reichenberg und Umgebung beschlossen. Die Leute, die diese Beschlüsse gefaßt haben, sind die engeren Parteigenossen des k. k. Finanzministers Dr. Kaizl!

Belgien.

Brüssel, 20. April. Dem „Soir" zufolge verweigert der König die Sanktion des Gesetzentwurfes, welcher die vlämische Sprache als belgische Amtssprache der französischen gleichstellt. Der Entwurf war nach Jahre langen Kämpfen endlich zu Stande gekommen. In Folge dieser Nachricht herrscht in vlämischen Kreisen große Aufregung.

Frankreich.

Paris, 18. April. Der Wahlkampf läßt sich bis jetzt weniger leidenschaftlich an, als man erwartet hatte. Es ist allerdings wahr, daß er noch nicht recht im Gange ist. Die Zahl der Bewerber, die sich im Sinne des Gesetzes von 1889 förmlich angemeldet haben, ist vorerst gering: etwa 750 für 581 Wahlkreise. Von diesen 750 kommen auf Paris allein 104. Es bleiben also für etwa 550 Wahlkreise außerhalb Paris 645 Bewerber, das heißt in vier Fünfteln aller Wahlkreise hat ein Kampf sich bisher überhaupt noch nicht entsponnen, da nur ein einziger Bewerber eingeschrieben ist, dem vorläufig Niemand den Sieg streitig macht, und nur in einem Fünftel ringen zwei Nebenbuhler miteinander um die Palme. Das kann freilich noch anders werden, aber der Andrang zum Wettkampf um das Amt des Volksvertreters scheint nicht entfernt so stark werden zu wollen, wie bei früheren allgemeinen Wahlen. Man hatte in den Zeitungen von 3000 Ehrgeizigen gesprochen, die die Absicht hätten, die Wähler um ihre Stimmen anzugehen. Das scheint indeß Flunkerei zu sein. Wenigstens haben sich bis jetzt drei Viertel dieser hoffnungsvollen Politiker noch nicht bis zur amtlichen Einschreibung aufgeschwungen. Bezeichnend für die Lage und die Stimmung ist ein Vorschlag, den der „Figaro" halb schalkhaft, halb ernst machte und den andere Rückschrittsblätter ohne jede Beimischung von Scherz sich aneigneten. Offiziere des Ruhestandes sollen in möglichst vielen Wahlkreisen als Bewerber auftreten und sich in die Kammer wählen lassen, wo sie mindestens so gute Figur machen würden, wie die „Unter-Roßärzte" Gambetta'schen Angedenkens, die dort gegenwärtig vorherrschen. Preußen gilt für das Muster eines Militärstaats. Unter dem alten Fritz bekamen alte Unteroffiziere Schulmeister- und sogar Pfarrerstellen als Zivilversorgung, und in jüngster Zeit hat man ja auf konservativer Seite zu diesem schönen Brauche zurückkehren wollen. Aber daß man alten Militärs und Anwärtern für eine Zivilversorgung die Abgeordnetensitze anweisen solle, das ist bei uns nicht einmal den verstiegensten Konservativen eingefallen. Auf diesen lichten Gedanken zu kommen, war französischen Reaktionären vorbehalten. Ihnen lag es allerdings nahe. Denn das Heer beherrscht heute thatsächlich die Republik, und es wäre nur folgerichtig, daß es Offiziere in die Kammer abkommandirte, um dort den Willen der leitenden militärischen Kreise in verfassungsmäßiger Form zur Geltung zu bringen. Zwar gehorchen auch die bürgerlichen Abgeordneten den Generalen auf den Wink, diese haben aber zu Offizieren wahrscheinlich doch mehr Vertrauen als zu faulen „pékins".

Schweden und Norwegen.

Christiania, 20. April. Die Militärkommission des Storthings beantragt einstimmig, die Uebungszeit der Rekruten von 42 auf 48 Tage, die der Landwehr von 12 auf 18 Tage zu verlängern. Die Kommission beantragt ferner die Annahme des Vorschlages, die Befestigungen des Tönsbergfjordes, des Topdalsfjordes und der Stadt Bergen in den Vertheidigungszustand zu setzen.

Rußland.

Zwei Petitionen, die der Adel von Kurland und Livland dem Zar Nikolaus II. vor geraumer Zeit unterbreitet hat, wurden nunmehr, wie der Kurator des Rigaer Lehrbezirks offiziell anzeigt, vom Zar abschlägig beschieden. Der Adel von Kurland petitionirte um die Erlaubniß zur Errichtung eines Gymnasiums mit deutscher Unterrichtssprache, während der Adel von Livland um die Aufhebung der im Jahre 1887 eingeführten Bestimmungen für die Volksschulen in den baltischen Provinzen bat, durch die, wie die Bittschrift bemerkte, die religiös-sittliche Erziehung des Volkes, die Pflege der Muttersprache und das Selbstbestimmungsrecht der Schule untergraben würden. Graf Kayserling, der Landesbevollmächtigte Kurlands, dem auch die Vertretung der livländischen Petition anvertraut war, ist nun, wie die „Nowoje Wremja" meldet, von der Bittschriftenkanzlei des Zars verständigt worden, daß Kaiser Nikolaus II. beide Gesuche zurückgewiesen hat.

Arbeiterbewegung.

Osnabrück, 19. April. In der am 16. d. M. hierselbst stattgefundenen, außerordentlichen Sitzung des Aufsichtsraths des Georgs Marien-Bergwerks- und Hütten-Vereins billigte derselbe in allen Punkten das bisherige Vorgehen und Verhalten des Vorstandes in der gegen den Verein hervorgerufenen Arbeiterbewegung. Er erachtet es ferner im Interesse des Gesamtunternehmens für unbedingt geboten, daß, nachdem der Vorstand vergeblich gegenüber den Forderungen der Arbeiter ein bis an die Grenze des Zulässigen reichendes Entgegenkommen bethätigt habe, nunmehr jedes erneuerte Zugeständniß auszuschließen sei. — Bisher haben dem Verhalten der Werkleitung zustimmende Telegramme an dieselbe gerichtet: Die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller, der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund und der Ausschuß des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen.

Stettiner National-Hypotheken-Kredit-Genossenschaft.

Für die am Sonnabend hier stattfindende General-Versammlung ist von 23 Genossen, welche im Kreise Straßburg (Westpreußen) ansässig sind, ein weitgehender Antrag eingebracht worden; dieselben verlangen, daß jede Beschlußfassung in der Generalversammlung über die auf die Tagesordnung gestellten Gegenstände ausgesetzt werde, besonders aber über Genehmigung der Bilanz, Ertheilung der Decharge pro 1897, über die etwaige Auflösung der Gesellschaft und über die Erhöhung der Geschäftsantheile. Die Antragsteller wünschen, daß die Sachlage der Gesellschaft zunächst der kgl. Regierung, den Pfandbrieferhebern und den Genossen klargestellt werde, durch den Geschäftsbericht sei dies in keiner Weise geschehen. Um diese Klarstellung zu ermöglichen, wird beantragt:

1. festzustellen, ob die für Ausfälle von Hypothekenforderungen nach dem Geschäftsbericht in Höhe von 2 Millionen Mark in Rechnung gestellte Verlustreserve ausreicht und wie sie sich auf die einzelnen Hypotheken vertheilt. Da die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß es sich später ergebe, daß die Verluste zu niedrig bemessen wurden, wird empfohlen, ein genaues

Verzeichniß sämtlicher Hypotheken aufzustellen und den Genossen einzusenden, in diesem Verzeichniß soll besonders vermerkt werden, ob die Hypothek für sicher, bezw. in welcher Höhe für unsicher gehalten wird;

2. soll festgestellt werden, wie viele von den Genossen überhaupt in der Lage sind, event. Einzahlungen auf die Geschäftsantheile in Höhe von 1000, 2000 oder 3000 Mark zu leisten. Nach dem Geschäftsbericht pro 1897 sind ca. 3½ Millionen Mark zu decken, es müßte daher jeder der 1171 Genossen ca. 3000 Mark einzahlen. Wenn aber die Mehrheit nicht zahlungsfähig sei, dann sei jede Einzahlung fortgeworfenes Geld. Um nicht der Gefahr ausgesetzt zu sein, daß einzelne Genossen wegen öffentlicher Erörterung ihrer Vermögenslage klagbar werden, empfehle es sich, jeden Genossen schriftlich aufzufordern, dem Vorstande binnen 3 Tagen mitzutheilen, wenn er dieser Erörterung widerspricht.

3. Da an den Darlehen Ostpreußen, Westpreußen und Posen am meisten betheiligt sind, wird empfohlen, die Generalversammlungen künftighin in Bromberg, Posen oder Thorn stattfinden zu lassen, denn fänden dieselben auch fernerhin in Stettin statt, so sei es nur einigen Genossen möglich, Theil zu nehmen und Vertretung sei verboten.

4. Endlich wird beantragt, eine Kommission von 5 Mitgliedern mit dem Rechte der Kooptation und mit der Bestimmung zu wählen, daß derselben auch Nichtmitglieder angehören dürfen. Diese Kommission soll die Prüfung des Geschäftsberichts und der beantragten Verzeichnisse vornehmen und in Verbindung mit Vorstand und Aufsichtsrath die Verhandlungen mit den Pfandbriefinhabern und Hypothekenbanken führen. Die Prüfung des Geschäftsberichts wird besonders damit begründet, daß die Genossenschaft eine solche mit unbeschränkter Haftpflicht sei, es könne daher ein jeder Genosse nur einen Geschäftsantheil haben, aber nach dem Geschäftsbericht haben 96 Genossen mehr als einen Geschäftsantheil (einer sogar 50), was nun diese 96 Genossen über die Geschäftsantheile, nämlich über 600 Mark hinaus, eingezahlt haben, könnten sie zurückverlangen; der Vorstand habe somit nicht richtig gehandelt, wenn er alle Geschäftsguthaben, also auch die Geschäftsantheile derjenigen, die mehr als einen Geschäftsantheil haben, zur Deckung der Verluste verwenden wolle.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 21. April. Für die am Montag, den 25. April, unter Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektors Thümmel beginnende dritte diesjährige Schwurgerichtsperiode sind bisher folgende Strafsachen zur Verhandlung angesetzt: Am 25., Vormittags 10 Uhr, gegen den Kaufmann Ellard Thiel, den Kaufmann Wilhelm Ulrich, dessen Ehefrau Emilie geb. Thiel, sämtlich von hier, und den Buchhalter Ewald Koßmann aus Berlin wegen betrügerischen Bankerotts, Beihülfe dazu, Unterschlagung und gewerbsmäßiger Hehlerei; am 26., Vormittags 9½ Uhr, gegen den Schuhmacher Karl Gaedtke von hier wegen versuchten Mordes; am 27., 28. und 29. gegen den Arbeiter Karl Meyer und Genossen: den Modelltischler Gustav Wichmann, die Arbeiter Wilh. Borchardt und Ernst Pasewaldt, den Handelsmann Albert Heiden, den Heizer Wilh. Berger, den Arbeiter Rud. Foth, den Former Wilh. Holz, den Klempner Otto Bach, den Schlosser Franz Peters, den Arbeiter Friedr. Eggebrecht, den Former Friedr. Peters, den Schlächter Hermann Erbel, den Arbeiter Ernst Mauthe, die Former Karl Alpen und Friedr. Haack, den Kernmacher Karl Scheerenbeck, die Former Ernst Voß und Albert Voß, den Arbeiter Rob. Blankschein, den Vergolder Hermann Kadow, den Schlosser Hermann Beußow, die Former Christian Diener, Paul Blankschein, Emil Foth, Helmuth Pahl, Reinhold Blankschein, Aug. Kantowski, Wilh. Schlanert, Aug. Kreß, Wilh. Barz, Albert Gustavs, Rich. Kurth, Karl Triebsch und Wilh. Wesener, die Arbeiter Karl Riehn, Julius Klawohn und Friedr. Berg, den Schlosser Ernst Schmidt und den Arbeiter Heinr. Lau, sämtlich aus Torgelow, wegen Landfriedensbruchs; am 30. gegen die Arbeiter Max Bamberg, Emil Griesert und Wilh. Zierke von hier wegen schweren Raubes, ferner gegen den Geldbriefträger Hugo Mack von hier wegen Verbrechen im Amt; am 2. Mai gegen die Schuhmacherfrau Elise Winter, geb. Sülflow, von hier wegen Meineids.

— Zu der polnischen Propaganda in der Provinz Pommern schreibt die „Magd. Ztg." u. A.: „Es verlohnte sich wohl, einmal eine vergleichende Zusammenstellung der polnischen Blätter von heute und vor 50 Jahren zu geben. Damals waren es nur wenige politische Blätter, die in der Provinz Posen erschienen. Jetzt sind zu den politischen noch gewerkschaftliche und Fachblätter gekommen, und es giebt kaum einen größeren Ort in Posen und Westpreußen, der nicht sein eigenes polnisches Blatt hätte. In deutschen Städten, wie Thorn, Graudenz und Danzig, werden polnische Zeitungen herausgegeaen, ja selbst Berlin hat zwei polnische Zeitungen. Die großpolnische Bewegung in Oberschlesien ist groß geworden von dem Augenblick an, wo in Ratibor und Oppeln von katholischen Geistlichen polnische Tagesblätter gegründet wurden, die zum Theil jetzt bereits in erbitterter Feindschaft gegen die Geistlichkeit stehen. Hoffentlich wird die Regierung dem Angriffe, der soeben auf Pommern gemacht worden ist, nicht mit verschränkten Armen gegenüber stehen bleiben. Durch nichts wird zugleich auch besser als durch ihn bekundet, was es mit den Klagen der Polen über Unterdrückung von deutscher Seite für eine Bewandtniß hat. Das Polenthum ist es, das planmäßig nach allen Seiten gegen das Deutschthum vordrängt, wo nur immer ihm die Erinnerung an frühere Zeiten die Aussicht zu eröffnen scheint, daß bei planmäßiger Agitation doch Boden gewonnen werden könne. Wir, nicht die Polen, befinden uns in der Stellung der Vertheidigung. Herr v. Puttkamer hatte Recht, wenn er vor Kompromissen bei den Wahlen warnte, die nicht am wenigsten die Arbeiten der Polen gefördert haben. Ohne sie würden auch heute schwerlich zwanzig Polen im deutschen Reichstage sitzen." Weiter wird gemeldet, daß der Generalvikar des Kardinals Kopp in Berlin, Pfarrer Neuber, einen Plan für die polnischen Andachten veröffentlicht hat, welcher im Laufe des Sommers in den polnischen Arbeiterzentren Brandenburgs und Pommerns abgehalten werden sollen, u. A. in Prenzlau, Angermünde, Schwedt und Pasewalk.

— Gestern ist in Kratzwieck eine mit der Orts-Postanstalt vereinigte Telegraphen-Betriebsstelle mit beschränktem Tagesdienst eröffnet worden.

— Auch in Stargard wird jetzt lebhaft seitens der Gastwirthe wegen der Eisfrage verhandelt, denn wie in Stettin haben auch dort die Brauereibesitzer die bisherige freie Eislieferung an die Gastwirthe eingestellt und verlangen 25 Pf. pro Eimer. In einer Versammlung des dortigen Gastwirthvereins wurde einstimmig beschlossen, gegen das Vorgehen der Brauereien Front zu machen und zunächst dieselben aufzufordern, Bier und Eis zu den alten Bedingungen, d. h. 16 Pf. per Liter inkl. freier Eislieferung abzugeben. Sollten die Brauereien auf diese Forderung nicht eingehen, so soll bis auf Weiteres das Stargarder Bier in Acht und Bann erklärt und nur noch Stettiner Elysiumbier ausgeschänkt werden, da sich der Stargarder Vertreter der hiesigen Elysium-Brauerei bereit erklärt hat, das Bier bei freier Eislieferung mit 16 Pfg. pro Liter zu liefern.

— Stettiner Gartenbau-Verein. Versammlung von 18. April. Vorsitzender Herr Koch. — Die Versammlung beschäftigte sich in dieser Sitzung ausschließlich mit der Berathung des Programms für die diesjährige Gartenbau-Ausstellung. Im Auftrage des Ausstellungs-Ausschusses unterbreitet Herr Wiese einen vom Ausschusse ausgearbeiteten Programmentwurf, der nach eingehender Besprechung mit einzelnen Abänderungen zur Annahme gelangte. Demnach soll die Ausstellung am 7., 8. und 9. Oktober in den oberen Sälen des Konzert- und Vereinshauses stattfinden. Die Anordnung der Ausstellung soll in ähnlicher Weise erfolgen, wie die der letzten Chrysanthemum-Ausstellung, so daß sämtliche Säle mit Ausschluß des großen Saales, welcher zum größeren Theile für Restaurationszwecke freigelassen wird, ausschließlich für die Ausstellung der Ausstellungsgegenstände in Benutzung genommen werden. Die Preisaufgaben sind in vier Gruppen eingetheilt, und zwar Gruppe I für blühende und Blattpflanzen mit 21 Einzel-Aufgaben, Gruppe II für Bindereien mit 13 Einzel-Aufgaben, Gruppe III für abgeschnittene Blumen und Bindegrün mit 3 Einzel-Aufgaben, und Gruppe IV mit 20 Einzel-Aufgaben. Auf eine weitere Ausdehnung des Programms mußte mit Rücksicht auf den beschränkten Raum Abstand genommen werden. Bei den Preis-Aufgaben für Obst ist zur Bedingung gemacht, daß die von Hochstamm-Kulturen stammenden Aepfel- und Birnsortimente nur solche Sorten enthalten dürfen, welche in dem pommerschen Normal-Sortimente zum Anbau in unserer Provinz empfohlen sind. Nach erfolgter Prämiirung der ausgestellten Obst-Sortimente soll aus denselben durch die Preisrichter das ganze pommersche Normal-Sortiment, soweit die dazu gehörigen Sorten auf der Ausstellung vertreten sind, zusammengestellt werden, so daß es während der Dauer der Ausstellung von den Besuchern eingehend besichtigt werden kann. Die ausgeworfenen Prämien bestehen aus großen, mittleren und kleinen silbernen Medaillen und Ehrendiplomen; auch soll die Bewilligung von Staatsmedaillen beim landwirthschaftlichen Ministerium beantragt werden. Das ausführliche Ausstellungsprogramm steht Jedermann zur Verfügung. — Ausgelegt waren die dem Verein von der Landwirthschaftskammer übersandten, die Manilia-Krankheit der Kirschbäume veranschaulichenden farbigen Wandtafeln nebst Beschreibung und Anweisung für die Bekämpfung.

* Zur Durchführung des für die Splittstraße festgesetzten Fluchtlinienplanes ist das Enteignungsverfahren eingeleitet worden über das Hausgrundstück Bollwerk 33, sowie über eine 191 Quadratmeter große, zu den Grundstücken Bollwerk 34 und Königsstraße 11 gehörige Fläche. Zur Feststellung der Entschädigung ist vor dem Kommissar des Verfahrens, Herrn Regierungsassessor Felsch, ein Termin auf Sonnabend, den 30. April, Vormittags 11 Uhr, im Bureau der königlichen Polizei-Direktion, Zimmer 15, anberaumt worden.

* Bei dem Klempnermeister Mertens, Lindenstraße 1, erschien am 19. April ein Mann, der sich als Klempnergeselle ausgab und um ein Geschenk ansprach, er legte dabei als Ausweis einen Lehrbrief vor. Der Meister sah sofort, daß das Dokument gefälscht sei, worauf er zur Polizei schickte und den Fremden festzuhalten versuchte. Trotzdem entwischte Letzterer unter Zurücklassung des Lehrbriefs, der dann den Behörden ausgeliefert wurde.

Aus den Provinzen.

Swinemünde, 19. April. Zur Förderung der Errichtung eines Kreis-Krieger-Denkmals haben Vorstand und Ausschuß des Patriotischen Kriegervereins beschlossen, zum Sonntag Nachmittag die Vorstände der vier hiesigen Militärvereine, sowie diejenigen der Militärvereine der Inseln Usedom und Wollin zu einer Besprechung einzuladen, um über die Bildung eines Komitees für Errichtung eines Kreis-Krieger-Denkmals in Swinemünde Beschluß zu fassen.

Offene Stellen

für Militäranwärter im Bezirk des 2. Armeekorps. Sofort, Polzin (Bad), Magistrat, Polizei-Sergeant, 750 Mark Gehalt, 170 Mark Mieths- und Feuerungsentschädigung, freie Dienstkleidung, wegen Anrechnung der Militärdienstzeit für den Fall einer Pensionirung wird mit dem Bewerber vor seiner definitiven Anstellung besondere Vereinbarung vorbehalten. — Sofort, Rogowo, Magistrat, Polizeidiener, Bote und Vollziehungsbeamter, 420 Mark Gehalt inkl. Kleidergelder, Nebeneinahme etwa 60 Mark, die Stelle ist pensionsberechtigt; bei der Pensionirung wird die Militärzeit angerechnet. — Sofort, Witkowo (Kreisstadt), Magistrat, Stadt-Wachtmeister und Vollziehungsbeamter, baares pensionsfähiges Einkommen von 600 Mark, freie Wohnung im Werthe von 120 Mark, Gartennutzung im Werthe von 30 Mark, Summa 750 Mark.

Gerichts-Zeitung.

Berlin, 20. April. Eine rohe That fand durch Urtheil der vierten Strafkammer des Landgerichts I eine schwere Ahndung. Der auf der Anklagebank befindliche Handlungsgehülfe Otto Koch unterhielt Beziehungen zu einem jungen Mädchen, welches in dem Hause des Maurermeisters Schieß wohnte. Es wurde dem Angeklagten hinterbracht, daß Schieß über seine „Braut" eine abfällige Aeußerung gethan habe. Hierfür wollte er sich rächen. Er lauerte dem Schieß in dessen Hause auf, und als er eine Begegnung erzielt hatte, redete er ihn mit den Worten an: Sind Sie der Maurermeister Schieß? Als die Frage ahnungslos bejaht wurde, hieb der Angeklagte ihm ohne Weiteres mit der Faust ins Gesicht. Der Schlag traf das linke Auge, welches so schwer verletzt wurde, daß die Sehkraft erlosch. Der Staatsanwalt beantragte nur anderthalb Jahre Gefängniß. Für den Verletzten trat Rechtsanwalt Leopold Meyer als Nebenkläger auf. Er hielt die Strafe bei dem angerichteten Schaden viel zu niedrig und die ganze Sachlage nicht dazu angethan, dem Angeklagten mildernde Umstände zu bewilligen, wie der Staatsanwalt es gethan. Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen bei, indem auf eine Zuchthausstrafe von drei Jahren und dreijährigen Ehrverlust erkannt wurde.

— Ein neuer höchst sonderbarer Beitrag zum Begriff des groben Unfugs wird der „Volksztg." gemeldet. Ein Wirth in Reinerz hatte wegen einer ihm unangenehmen Nachbarschaft einen hohen und häßlichen Bauzaun errichtet. Er wurde wegen Uebertretung der Baupolizeiverordnung für den Regierungsbezirk Breslau vom 1. März 1883 in Verbindung mit einer Uebertretung des § 360 Nr. 11 StGB. (grober Unfug) zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt. Der „grobe Unfug" wurde vom Gerichtshofe erblickt „in der Belästigung des ästhetischen Gefühls des Publikums durch die überaus geschmacklose und störende Holzwand an einem der schönsten Punkte des Thales". Das Oberlandesgericht hat diese Entscheidung bestätigt.

Dortmund, 19. April. Wegen Münzverbrechens verurtheilte das Schwurgericht zwei Angeklagte zu je drei Jahren Gefängniß und einen Angeklagten zu fünf Jahren Zuchthaus.

Nyiregyhaza, 20. April. Der Prozeß gegen die 65 Sozialisten, welche die im November v. J. festgenommenen Sozialisten zu befreien versuchten, ist beendet. Von den Angeklagten wurden 35 zu drei Wochen, 2 zu zwei Monaten, einer zu sechs Wochen Arrest verurtheilt, die übrigen freigesprochen. — Der ausgewiesene sozialistische Agitator Johann Csizmadia ist wegen des morgen gegen ihn stattfindenden Preßprozesses hier eingetroffen. Am Bahnhofe hatten sich etwa 2000 Sozialisten angesammelt, welche Kundgebungen veranstalteten und Steine gegen die Polizisten warfen. Die Polizisten gingen wiederholt gegen die Menge vor, zerstreuten dieselbe und nahmen mehrere Verhaftungen vor.

Zum Berliner Lustmord.

In der Günther'schen Mordsache verfolgt die Kriminalpolizei außer der von uns gestern schon angedeuteten Spur auch noch eine andere Fährte. In einem Spezialitäten-Theater der Oranienstraße verkehrt ein 28—30 Jahre alter Mann, der den Stammgästen als geisteskrank bekannt ist. Derselbe soll vor etwa 10 Tagen in der Hasenheide und deren Umgebung gesehen worden sein. Die von mehreren Zeugen entworfene Beschreibung des muthmaßlichen Mörders paßt ungefähr auf den Irrsinnigen, der als sehr kräftig und reizbar geschildert wird. Von anderer Seite wird mitgetheilt, daß der Mann, über dessen Verhaftung wir bereits berichteten, derselbe ist, auf den sich schon am Freitag der Verdacht lenkte. Dieser Mann arbeitete vor einigen Monaten bei einer Schankwirthin in der Fürbringerstraße, die ihm Beschäftigung gab, weil er sonst kein Unterkommen hatte. Er mußte aber wegen Trunkenheit und Rohheit, die er auch an Gästen ausließ, schließlich entlassen werden. Dann war er kurze Zeit bei einem Schlächter in der Fürbringerstraße, ging von hier, wie er später angab, nach Spandau und von dort nach Stettin. Der Mann tauchte plötzlich wieder in Berlin auf und bat wiederholt schriftlich die Gastwirthin um Wiederaufnahme. Diese wurde ihm jedoch nicht gewährt und man weiß nicht, wo er sich nun aufgehalten hat. Vielfach ist er jedoch in der Hasenheide gesehen worden, in der er sich in der Regel von Morgens bis Mittags umhertrieb. Am Freitag fiel es nun auf, daß er früher als sonst verschwunden war, während man ihn Morgens noch gesehen hatte. Wie wir schon mittheilten, sah die Pförtnersfrau Hein aus der Boppstraße 4 am Sonnabend Morgen um 8 Uhr vor dem Hause Fürbringerstr. 8, in dem die Familie Günther wohnt, einen gutgekleideten Mann, der das Haus beobachtete. Mit diesem Manne soll der Festgenommene identisch sein. Durch mehrere Zeugen ist bewiesen, daß Louise Günther diesen Menschen kannte; man hat sie wiederholt mit ihm sprechen sehen. Günther kennt ihn aus der Schankwirthschaft, aber nicht den Namen nach, seine Frau und Töchter haben ihn auch wiederholt gesehen. Auffallend ist nun aber, daß dieser Mann am Sonntag an Günther mit der Bitte herangetreten ist, ihn für die Nacht zu beherbergen. Günther, der ihn eines Verbrechens nicht für fähig hielt, sagte ihm das auch zu. Der Mann ging dann in die Günther'sche Wohnung, entfernte sich aber wieder, als Frau Günther und ihre Töchter Schwierigkeiten machten. Eine Zeugin aus Rixdorf, die vor einem Jahre einen Schlächter Emil kennen gelernt hat, theilt von diesem mit, daß er ein roher Mensch sei und bei einem Streite mit ihr einmal gesagt habe, es sei ihm ganz gleich, ob er einen Menschen oder ein Vieh abschlachte; sie solle sich nur in Acht nehmen.

Vermischte Nachrichten.

— [Zwei Weltbummler.] Auf ihrer Reise um die Welt werden Ende dieser Woche zwei französische Maler in Berlin eintreffen. Gegenwärtig weilen sie in Leipzig. Die Beiden haben um 20 000 Franks gewettet, ohne einen Heller Geld in der Tasche von Paris die Welt zu umreisen, ganz gleich, ob zu Fuß oder per Bahn. Ihren Lebensunterhalt verdienen sie sich durch Portraitmalen. Für ein Profil fordern sie 3 Mark, für ein Brustbild 5 Mark, wobei zu jeder Sitzung knapp eine halbe Stunde Zeit erforderlich ist. Die Seinestadt haben die beiden Weltreisenden am 18. Februar d. J. verlassen und berührten bisher Lille, Brüssel, Koblenz, Mainz, Frankfurt a. M., Hanau, Fulda, Erfurt und Leipzig. In Berlin wollen sie sich drei Tage aufhalten.

— Ein überaus pikantes Räuber-Abenteuer, dessen Opfer eine vielgenannte junge Wittwe aus hohen Kreisen, und ein schneidiger Kavallerie-Offizier, beide der Gesellschaft der ewigen Stadt angehörig, geworden sind, wird aus Rom berichtet. Seit einiger Zeit machen sich die Briganten in der Campagna wieder sehr bemerklich, und haben schon verschiedene Ausflügler überfallen und ausgeplündert. Nun unternahm jüngst die erwähnte bildschöne junge Wittwe mit dem Kavallerie-Offizier, der die Trauernde seit längerer Zeit über den Verlust ihres Gatten zu trösten versucht, einen Ausflug nach der Villa Hadrians in Tivoli. Das Pärchen amüsirte sich köstlich den ganzen Tag, bis es sich bei seinen Spaziergängen in den Bergen verirrte und, als es spät nach Tivoli zurückkehrte, keine Fahrgelegenheit mehr nach Rom fand. Was thun? Man konnte doch nicht in dem kleinen Hotel die Nacht verbringen? Zuletzt gelang es den Bemühungen des Offiziers, einen alten Rumpelkasten mit einem lahmen Gaul und einem schläfrigen Kutscher aufzutreiben, und in dieser Staatskarosse begann die Rückfahrt nach Rom. Kaum aber waren die Reisenden eine halbe Stunde unterwegs, so tauchten plötzlich fünf Briganten auf der Landstraße auf, hielten den Wagen an und plünderten seine Insassen aus. Das wäre freilich nicht allzu schlimm gewesen und hätte mit dem Verlust zweier Börsen, zweier Uhren und einigen Geschmeides sein Bewenden gehabt. Allein der junge, muthige Offizier widersetzte sich, und das brachte die Räuber derartig in Wuth, daß sie dem Pärchen sämtliche Garderobenstücke wegnahmen; die beiden Reisenden trugen im wahren Sinne des Wortes nur das nackte Leben davon. Um 1 Uhr Morgens langten sie an der Steuerwache der Porta San Laurenzo in Rom an, und die Steuerbeamten nahten, — um den Wagen auf Kontrebande zu untersuchen. Sie erbarmten sich des Pärchens und verhalfen ihm zu den allernothwendigsten Kleidungsstücken. Die junge Wittwe wird seit diesem Vorfall in Rom nur noch „die Venus von Tivoli" genannt.

— [Schiller an Goethe über den Rektor Ahlwardt.] Diese Ueberschrift enthält nicht etwa einen schlechten Witz, sondern Schiller schreibt wörtlich von Jena aus an Goethe unter dem 30. Juni 1797 — also vor fast 101 Jahren —: „Kennen Sie etwa einen gewissen Ahlwardt, Rektor in .... Wenn Sie Böttiger sehen, so seien Sie doch so gütig, ihn nach diesem Subjekt zu fragen" 2c. — (Vergl. Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe, herausgegeben von R. Boxberger, Stuttgart, Speemann. o. J. 1. Bd. Seite 288). Dichter sind bekanntlich Propheten. Wie würde aber Böttigers Auskunft über den Rektor Ahlwardt ausgefallen sein, wenn er 100 Jahre später gelebt hätte? Schiller hätte gewiß nicht zu fragen brauchen. Hoffentlich wird Ahlwardt aus seinen Akten beweisen, daß eigentlich er Derjenige ist, der hier unter die Klassiker gerieth.

Börsen-Berichte.

Stettin, 21. April. Wetter: Bewölkt. Temperatur + 6 Grad Reaumur. Barometer 769 Millimeter. Wind: W.

Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 51,90 bez.

Berlin, 21. April. In Getreide 2c. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loko 70er amtlich 52,80, loko 50er amtlich 72,50.

London, 21. April. Wetter: Schön.

Berlin, 21. April. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	102,70
do. do. 3½%	102,60
do. do. 3%	97,30
Deutsche Reichsanl. 3%	96,50
Pomm. Pfandbriefe 3½%	99,80
do. do. 3%	91,40
do. Neuländ. Pfdbr 3½%	99,80
3% neuländ. Pfandbriefe	91,40
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	100,60
do. 3%	91,80
Italienische Rente	90,40
do. 3% Eisenb.-Oblig.	50,90
ungar. Goldrente	101,70
Rumän. 1881er am. Rente	99,90
Serbische 4% 95er Rente	57,00
Griech. 5% Goldr. v. 1890	35,50
Rum. amort. Rente 4%	93,25
Mexikan. 6% Goldrente	91,60
Oesterr. Banknoten	169,70
Russ. Banknoten Cassa	216,25
do. do. Ultimo	216,50
Gr. Russ. Zollcoupons	323,90
Französische Banknoten	81.00
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	86,00
do. (100) 4%	84,25
do. (100) 4%	78,90
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	77,40
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission	100,50
Stett. Vulc.-At. Littr. B.	186,40
Stett. Vulc.-Prioritäten	188,50
Stettiner Straßenbahn	169,90
Petersburg kurz	216,00
Warschau kurz	216 20

London kurz	205,35
London lang	203,30
Amsterdam kurz	169,20
Paris kurz	81,00
Belgien kurz	80,75
Berliner Dampfmühlen	129,60
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	95,25
„Union", Fabrik chem Produkte	123,25
Barziner Papierfabrik	189,00
Stöwer, Nähmaschinen- u. Fahrrad-Werke	186 50
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,50
3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	99,75
Stett. Stadtanleihe 3½%	—,—

Ultimo-Kourse:

Disconto-Commandit	191,80
Berliner Handels-Gesellsch.	156,25
Oesterr. Credit	218,50
Dynamite Trust	179 75
Bochumer Gußstahlfabrik	206,25
Laurahütte	182,25
Harpener	176,40
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	185,[illegible]0
Dortm. Union Littr. C.	95,50
Ostpreuß. Südbahn	89,00
Marienburg-Mlawkabahn	80,00
Norddeutscher Lloyd	107,10
Lombarden	31,80
Franzosen	144,50
Luxemb. Prince-Henribahn	107,75

Tendenz: Matt.

Paris, 20. April, Nachmittags. (Schlußkourse.) Matt.

	20.	19.
5% Franz. Rente	101,30	101,75
3% Ital. Rente	91,00	91,20
Portugiesen	17,50	17,90
Portugiesische Tabaksoblig.	467,00	—,—
4% Rumänier	—,—	—,—
4% Russen de 1889	101,00	—,—
4% Russen de 1894	67 50	—,—
3½% Russ. Anl.	99,20	99,70
3% Russen (neue)	94,40	94,75
4% Serben	—,—	59,50
4% Spanier äußere Anleihe	34,37	38,12
Convert. Türken	20,50	20 85
Türkische Loose	100,00	102,00
4% türk. Pr.-Obligationen	455,00	455,00
Tabacs Ottom.	271,00	274,00
4% ungar. Goldrente	101,75	—,—
Meridional-Aktien	664,00	667,00
Oesterreichische Staatsbahn	731,00	728,00
Lombarden	—,—	182,00
B. de France	3625	3610
B. de Paris	868,00	880,00
Banque ottomane	519,00	527,00
Credit Lyonnais	797,00	799,00
Debeers	605,00	617,00
Langl. Estat.	73,00	73,00
Rio Tinto-Aktien	630,00	659,00
Robinson-Aktien	190,00	191,50
Suezkanal-Aktien	3370	3398
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,93	207,12
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122,25	$122\frac{5}{16}$
do. auf Italien	7,25	6,75
do. auf London kurz	25,32½	25 32
Cheque auf London	25,35	25,34½
do. auf Madrid kurz	312,00	317,00
do. auf Wien kurz	207,25	207,25
Huanchaca	42,00	41,00
Privatdiskont	—,—	—,—

Hamburg, 20. April, 6 Uhr Abends. (Telegramm der Hamburger Firma Joswich u. Co., Hamburg.) Kaffee good average Santos per September 29,50, per März 30,75, per Dezember —,—. Behauptet.

Hamburg, 20. April, 6 Uhr Abends. Zuckermarkt. (Telegramm der Hamburger Firma Joswich u. Co., Hamburg.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% frei an Bord Hamburg per Mai 9,10, per August 9,35, per Oktober-Dezember 9,35. Ruhig.

Bremen, 20. April. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loko 5,20 B. Schmalz ruhig. Wilcox 29 Pf., Armour shield 29 Pf., Cudahy 29¾ Pf., Choice Grocery 29¾ Pf., White label 29¾ Pf. Speck ruhig. Short clear middl. loko 29 Pf. Reis fest.

Amsterdam, 20. April. Java-Kaffee good ordinary 33,00.

Amsterdam, 20. April. Bancazinn 39,25.

Amsterdam, 20. April, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine steigend, per Mai 260,00, per November —,—. Roggen loko fest, do. auf Termine steig., per Mai 147,00, per Oktober 133,00. Rüböl loko 28,00, per Mai 27,50, per Herbst 24,25.

Antwerpen, 20. April, Nachmittags 2 Uhr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 15,12 bez. u. B., per Mai 15,12 B., per Juni 15,12 B. Ruhig. — Schmalz per April 69,25.

Paris, 20. April, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per April 30,50, per Mai 30,35, per Mai-August 29,80, per Juli-August 29,00. Roggen ruhig, per April 19,00, per Juli-August 17,35. Mehl ruhig, per April 63,80, per Mai 64,10, per Mai-August 63,60, per Juli-August 63,10. Rüböl fallend, per April 54,00, per Mai 54,25, per Mai-August 54,25, per September-Dezember 55,50. Spiritus ruhig, per April 48,75, per Mai 48,50, per Mai-August 48,00, per September-Dezember 44,00. — Wetter: Bewölkt.

Paris, 20. April, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 28,75 bis 29,25. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per April 32,25, per Mai 32,25, per Mai-August 32,62, per Oktober-Januar 30,50.

Havre, 20. April, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per April 34,50, per Mai 35,25, per September 35,75. Behauptet.

London, 20. April. 96proz. Javazucker 11,25, stetig. Rüben-Rohzucker loko $9\frac{1}{16}$, stetig.

London, 20. April. Chili-Kupfer 51,75, per drei Monate $52\frac{3}{16}$.

London, 20. April. Spanisches Blei 12 Lstr. 16 Sh. 3 d.

London, 20. April. Getreidemarkt. (Schluß.) Markt stramm aber ruhig. Hafer ½ Sh. höher, gutes Geschäft.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 40 390, Gerste —,—, Hafer 31 700 Quarters.

Glasgow, 20. April, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 46 Sh. 1½ d. Warrants middlesborough III. 39 Sh 11½ d.

Newyork, 20. April. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 123 000, do. nach Frankreich 51 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 58 000, do. von Californien und Oregon nach Großbritannien 50 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents — Qrts.

Newyork, 20. April. Bestand an Weizen 29 154 000 Bushels, Mais 34 917 000 Bushels.

Newyork, 20. April, Abends 6 Uhr.

	20.	19.
Baumwolle in Newyork	$6\frac{7}{16}$	6,25
do. Lieferung per Mai	—,—	6,12
do. Lieferung per Juli	—,—	6,18
do. in Neworleans	$5\frac{13}{16}$	$5\frac{11}{16}$
Petroleum, raff. (in Cases)	6 35	6,35
Standard white in Newyork	5,70	5,70
do. in Philadelphia	5,65	5,65
Credit Balances at Oil City Febr.	75,00	75,00
Schmalz Western steam	5,57½	5,47½
do. Rohe und Brothers	5,85	5,75
Zucker Fair refining Moscovados	$3\frac{9}{16}$	3,50
Weizen behauptet.		
Rother Winterweizen loko	112,37	110,50
per Mai	109,62	107,75
per Juli	93,50	92,62
per September	86 25	85,25
per Dezember	85,87	85,12
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,87	6,87
per Mai	5,85	5,80
per Juli	5,65	5,60
Mehl (Spring-Wheat clears)	4,05	4,00
Mais behauptet,		
per Mai	36 37	36,12
per Juli	37,50	37,37
per September	—,—	—,—
Kupfer	12,25	12,12
Zinn	14,35	14,40
Getreidefracht nach Liverpool	3,50	3,50

Chicago, 20. April.

	20.	19.
Weizen beh., per Mai	110,50	109,25
per Juli	87,62	87,37
Mais beh., per Mai	31,50	31,37
Pork per April	10,40	9,80
Speck short clear	5,62½	5,50

Wasserstand.

* **Stettin**, 21. April. Im Revier 5,70 Meter = 18' 2".

Telegraphische Depeschen.

Köln, 21. April. Die „Köln. Ztg." meldet zu dem bevorstehenden Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges: Es könne mit Befriedigung die große Wahrscheinlichkeit verzeichnet werden daß andere Mächte als Spanien und Amerika in den Krieg nicht verwickelt werden. Die europäischen Großmächte haben sich, je mehr sich die Dinge zuspitzen, um so größerer Zurückhaltung befleißigt und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie auch ferner unbedingt neutral bleiben werden, da diese Neutralität unter Wahrung der eigenen Interessen bedingt wird.

Paris, 21. April. Nunmehr hat man auch hier alle Hoffnung auf Erhaltung des Friedens aufgegeben. Nach Meldungen aus Madrid wies die Regierung Marschall Blanco an, sofort alle Gouverneure der Kolonien zu verständigen, alles zu thun, damit ein Handstreich Amerikas zurückgewiesen werde. Blanco, sowie der Gouverneur von Portorico telegraphirten, daß die Stimmung der Bevölkerung ausgezeichnet sei und daß alle Vertheidigungsmaßregeln in umfassendster Weise getroffen worden seien.

Madrid, 21. April. Die Regierung richtete an alle Mächte ein Rundschreiben, in welchem dieselbe erklärt, daß sie zum Kriege gezwungen worden sei und die Verantwortung hierfür lediglich den Vereinigten Staaten überlassen müsse.

Madrid, 21. April. Admiral Villali, Kommandant des Torpedogeschwaders, hat, bevor er Cadix verließ, sich mit allen seinen Soldaten vor ein Muttergottesbild begeben und eine Ansprache gehalten, in der er betonte, daß jene nicht in den Krieg ziehen sollten, die sich fürchteten. Die Soldaten antworteten: Wir werden unseren Führern folgen und den Kriegsgefahren trotzen. Admiral und Matrosen knieten alsdann nieder und schworen, nicht nach Spanien zurückzukehren, es sei denn als Sieger.

Newyork, 21. April. Als die Unterzeichnung der Resolution von Seiten McKinley's bekannt wurde, erregte dies in beiden Häusern des Kongresses großen Jubel. Die Vorlage, betreffend die sofortige Einberufung von 80 000 Freiwilligen, soll heute noch Gesetz werden.

Newyork, 21. April. Die Regierung miethete 15 große Schiffe für den Truppen-Transport. Diese Schiffe sollen in einer Fahrt 15 000 Mann befördern.

Washington, 21. April. Der gestrige Kabinetsrath beschloß, daß das nordatlantische Geschwader Havanna und alle anderen Häfen an der Nord- und Südküste Kubas blockiren und das fliegende Geschwader ebenso gegen die Häfen von Portorico vorgehen solle, wenn Spanien dem Ultimatum Widerstand entgegensetzt. In der Bevölkerung herrscht großer Enthusiasmus, doch befürchtet man noch immer europäische Vermittelung.

Washington, 21. April. Der spanische Gesandte hat mit allen seinen Sekretären Washington verlassen; die österreichische und französische Botschaft sind mit der Wahrung der Interessen für Spanien betraut.